

Porträt der Woche

Er ist kein ideologischer Schwärmer, noch ein Mann großer Worte – Rudolf Drese (49) haben seine Umgebung und berufliche Tätigkeit geprägt: der Pütt. In Essen geboren, begann der heutige SPD-Landtagsabgeordnete nach Absolvierung der mittleren Reife seinen Berufsweg bei Krupp – wie übrigens auch sein Vater. Der Kaufmannsgehilfenprüfung folgte die Tätigkeit als Magazinverwalter zunächst auf der Essener Zeche Rossenray und seit 1970 auf der Zeche Niederberg im niederrheinischen Neukirchen-Vluyn. Er erlebte das Wachsen und den Niedergang der Ruhrkohle, kennt die Sorgen der Menschen rund um die Fördertürme.

Schon früh der IG Bergbau und Energie beigetreten, wurde Rudolf Drese zunächst Stellvertreter und dann Vorsitzender des Betriebsrates. Über die Gewerkschaft fand er 1967 den Weg zu den Sozialdemokraten, kam drei Jahre später in den Rat der Stadt Kamp-Lintfort und war bis zu seiner Wahl in den Düsseldorfer Landtag 1980 Fraktionsvorsitzender. Der mit einem Zugewinn von 6000 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl eroberte Wahlkreis Wesel I ist einer der flächengrößten des Landes; industriell geprägt im Süden, landwirtschaftlich im Norden. Der Zielkonflikt zwischen Industrie und Umweltschutz ist hier allgegenwärtig, zwischen Kohle und Grün.

So ist es auch kein Zufall, daß sich der erfahrene Kommunalpolitiker bemühte, von seiner Fraktion in den Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft berufen zu werden, in den sogenannten „Grün“-Ausschuß, der sich nach Einschätzungen Dreses „mit der Industrie zuweilen beißt“. Der Gewerkschaftler tritt dabei für einen vernünftigen Ausgleich zwischen Landschafts-/Umweltschutz und der Schaffung neuer Arbeitsplätze ein. „Der Bergmann ist Realist genug, um zu wissen, daß wir Kohlekraftwerke und Halden in Kauf nehmen müssen, um Arbeitsplätze zu erhalten. Sonst können wir den Pütt schließen.“ Der SPD-Politiker sieht einen Nachteil darin, daß sich die sogenannten „Grünen“ „besser artikulieren



Rudolf Drese (SPD)

können“ als beispielsweise die Bergleute.

Der Abgeordnete weiß aus seiner kommunalpolitischen Praxis auch, daß die Sicherung und der Ausbau von Arbeitsplätzen ohne angemessene Wohnungen unmöglich sind. Dabei sieht er die Modernisierung von Altbauten und die Schaffung von Mietwohnungen wie Eigenheim als gleichberechtigt an.

Früher selbst aktiver Fußballer und heute noch am Sport interessiert, ist Rudolf Drese auch Mitglied des Sportausschusses. Sein besonderes Anliegen in diesem Gremium ist es, daß auch jene verstärkt die Möglichkeit erhalten sich sportlich zu betätigen, die nicht in Vereinen organisiert sind. Zudem will er der Versuchung begegnen, daß die Randzonen gegenüber den Ballungsräumen vernachlässigt werden.

Wie die anderen „Neulinge“, so mußte sich auch der Kamp-Lintforter erst mit seiner jetzigen parlamentarischen Wirkungsstätte bekanntmachen. Dabei halfen ihm die älteren Fraktionskollegen, aber auch eigener Fleiß. So studierte er während der Sommerpause Sitzungsprotokolle, Drucksachen und vieles mehr der letzten Legislaturperiode. Auch sein parlamentarisches Selbstbewußtsein half ihm zum erfolgreichen Einstieg. Ein Selbstbewußtsein übrigens, „das den häufig anzutreffenden falschen Respekt vor ministeriellen und administrativen Größen nicht kennt“, wie jüngst ein Kollege lobend feststellte.

Der SPD-Politiker, Vater von drei Kindern, sucht das Gespräch mit den Bürgern, ob als Mitglied zahlreicher lokaler Vereine oder in seiner Eigenschaft als Abgeordneter. Und das gibt Rudolf Drese Rückhalt für seine Arbeit in Düsseldorf.

Jochen Jurettko

Holthoffs Kritik: Konsens verfällt in Gesellschaft

Bei einer Gesprächsrunde des Ausschusses für Schule und Weiterbildung im Anschluß an die Stellungnahmen von Wissenschaftlern zur künftigen Position der Hauptschule (siehe „Landtag intern“, Nr. 2) wurden Klagen über den erheblichen Verlust des Ansehens dieser weiterführenden Schule laut. Auf die Frage des SPD-Abgeordneten Dr. Bernd Brunemeier, woran das liege, gab der ehemalige nordrhein-westfälische Kultusminister und Duisburger Hochschullehrer Professor Dr. Fritz Holthoff (SPD) eine Antwort, die über die Problematik der Hauptschule hinaus eine gesellschaftliche Zustandsbeschreibung beinhaltete. Holthoffs Anmerkung im Wortlaut:

„Ich will es ganz vorsichtig ansprechen, denn es ist ein außerordentlich brisantes Thema. Warum dieser Schülerschwund in der Hauptschule? Ich glaube, daß Schule und Lehrerbildung hier nur begrenzte Steuerungsfunktionen ausüben konnten. Ich glaube, daß das primär ein gesellschaftliches Problem ist, und daß wir uns nur per Gesellschaftsanalyse vergewissern könnten, wo die tieferen Ursachen liegen. Mir scheint, daß in dem Maße, in dem ein bestimmter demokratisch notwendiger Konsens der Gesellschaft verfällt, der Gedanke einer allgemeinen Schule gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen wird. In anderen Demokratien, in Amerika etwa oder auch in England, herrscht bei allen Divergenzen, die notwendig sind, und bei aller Dynamik ein bestimmter Grundbestand an gemeinsamer Zuwendung zu dem Land, in dem man lebt. Dies scheint bei uns allmählich zu schwinden und im Zuge dieser allgemeinen Auflösung löst sich natürlich auch die Tendenz zu einer Schule auf. Das sind meine persönlichen Überlegungen und Beobachtungen.“

Religionsunterricht Datenschutz Meldegesetz

Der Landtag hat sich über die in dieser Ausgabe behandelten Themen hinaus bei seiner letzten Plenarsitzung mit weiteren Tagesordnungspunkten befaßt, wobei die Debatte über die Große Anfrage 2 der Fraktion der CDU „Religionsunterricht“ besonderes Gewicht hatte. Ferner erörterte das Landesparlament Tätigkeitsberichte des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Nordrhein-Westfalen. Als letztes wurde das Meldegesetz für das Land NRW in 1. Lesung behandelt. „Landtag intern“ wird in der nächsten Ausgabe ausführlich auf die genannten Themenbereiche eingehen.